

Haltung zeigen!

Wasser ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

Aufruf an die Internationale Agrarminister*innen-Konferenz



Haltung zeigen! Wasser ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht!

Aufruf an die Internationale Agrarminister*innen-Konferenz des GFFA

Berlin, den 17.01.2026

Es ist nun das 16. Mal in Folge, dass wir Bäuer*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen mit unseren Traktoren und Forderungen zum „Wir haben es satt“-Protest und zum Global Forum for Food and Agriculture (GFFA) nach Berlin fahren. Dieses Jahr steht unter besorgnis erregenden Vorzeichen: Im Gegensatz zu den vorigen Jahren haben Sie die größte bäuerliche Bewegung der Welt – La Via Campesina – und ihre deutsche Mitgliedsorganisation – die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – nicht zum GFFA-Junglandwirt*innenforum eingeladen. Damit halten Sie einen zentralen internationalen bäuerlichen Akteur von diesen Diskussionen über die Zukunft unserer Ernährungssysteme fern. Das ist ein eindeutiger Rück schritt in der Umsetzung internationaler Beschlüsse zur Beteiligung der bäuerlichen Jugend, insbesondere zu den CFS Politikempfehlungen zur Stärkung der Beteiligung der Jugend (2022; Promoting Youth Engagement and Employment in Agriculture and Food Systems for Food Security and Nutrition). Zudem haben Sie, das Landwirtschaftsministerium, uns als Zivil ge sellschaftsbündnis erstmalig ein eigenes Fachpodium auf dem GFFA verwehrt – und damit auch die Möglichkeit, unsere kritischen, vielfältigen, aber immer auch konstruktiven Stimmen zum diesjährigen Thema „Wasser. Ernten. Unsere Zukunft“ einzubringen. In Zeiten, in denen Demokratien weltweit insbesondere durch einen Rechtsruck unter enormem Druck stehen und die Haushalte für Sozial- und Entwicklungspolitik, bei gleichzeitig stark steigenden Rüstungsausgaben, zusammengestrichen werden, senden Sie mit diesen Entscheidungen problematische Signale. Zudem verdeutlichen die aktuell EU-weit stattfindenden Bauernproteste den wachsenden Unmut über die aktuelle Agrarpolitik.

In dieser Situation beziehen wir hier, vor den Türen des GFFA deutlich Stellung. Im Geiste der Erklärung des dritten Nyéléni Global Forum 2025, dem bedeutendsten internationalen Zusammenkommen sozialer Bewegungen der letzten Jahre um an einer gemeinsamen politischen Aktionsagenda für die Transformation unserer Ernährungssysteme zu arbeiten, erheben wir hier heute unsere Stimme und fordern Sie, Herrn Landwirtschaftsminister Alois Rainer, und Sie, sehr geehrte internationale Agrarminister*innen, auf: Zeigen Sie Haltung! Machen Sie Schluss mit dem Zurückdrehen menschenrechtlicher Errungenschaften und setzen Sie die Umsetzung des Rechts auf Nahrung ganz oben auf die politische Agenda. Handeln Sie im Sinne der vergangenen GFFA-Abschlusskommuniqués und unternehmen Sie besondere Anstrengungen, um marginalisierte und vulnerable Gruppen in politische Entscheidungen einzubeziehen. Nutzen Sie das Internationale Jahr der Frauen in der Landwirtschaft, um ins besondere die Rechte von Frauen, nicht binären und transgender Personen in der Landwirtschaft zu stärken.

Wasser als Gemeingut schützen – jetzt handeln!

Wir begrüßen den Schwerpunkt des diesjährigen GFFA auf das Thema Wasser zu legen. Denn die damit verbundenen Herausforderungen bringen schon heute Bäuer*innen und Fischer*innen aus Nord und Süd sowie viele andere, die ihren Lebensunterhalt in der Lebensmittelproduktion verdienen, in existentielle Not und lassen sie in eine mehr als ungewisse Zukunft blicken. Wir müssen jetzt die notwendigen Veränderungen angehen! Wir fordern Sie daher auf: Wenden Sie die von den hier anwesenden Ministerien mitverhandelten Leitlinien und Beschlüsse des UN-Ausschusses für Welternährung (CFS) sowie die Empfehlungen der Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Nahrung und Wasser an. Damit können Sie Ihre völkerrechtlichen Pflichten umsetzen und gleichzeitig die notwendige Transformation in Gang bringen.

Mutiges, inklusives politisches Handeln ist dringend gefragt. Denn Probleme gibt es viele. Ob in Deutschland, Kenia, Sambia, Brasilien, Indien oder den Philippinen – aufgrund des Klimawandels häufen sich überall auf der Welt Extremwetterereignisse. Dürren und Starkrügen führen zum Verlust der Bodenfruchtbarkeit, Ernteausfällen und Hunger. Mitverursacher und Beschleuniger dieser Phänomene ist die industrielle Landwirtschaft. Sie frisst fast drei Viertel aller Wasserressourcen und ist durch den Eintrag von chemischen Schadstoffen für deren Verunreinigung mitverantwortlich. Wegen mangelnder Regulierung – global wie auch in Deutschland – können mächtige Agrarakteure weitgehend ungehindert Wasser verschwenden, während bäuerliche Betriebe und die Bevölkerung teils mit extremer Verknappung zu kämpfen haben.

Wir entwässern unsere Landschaft teilweise systematisch; von Jahr zu Jahr sinkt der Grundwasserspiegel. In Deutschland haben wir in den letzten 20 Jahren auf diese Weise so viel Wasser verloren, wie in den Bodensee hineinpasst. Das bereitet uns große Sorge, da hierzulande mehr als 70 Prozent des Trinkwassers aus Grundwasser gewonnen wird. In den jüngsten Dürrejahren verwandelte sich Grünland vielerorts in braune Steppen. Tierbestände aus Weidehaltung mussten notgeschlachtet werden, weil das Futter nicht ausreichte. Trotzdem werden weiterhin Ernteeinbußen durch Dürren größtenteils mit denselben Mitteln ausgeglichen, die uns in diese Situation brachten: steigende Bewässerung und der Einsatz von mehr Agrarchemikalien, damit der Weltmarkt bedient werden kann.

Ohne die Anerkennung und Umsetzung der Menschenrechte auf Nahrung, Wasser und eine gesunde Umwelt werden unzählige Menschen ihre Lebensgrundlagen verlieren. Zusätzlich müssen die Rechte der Natur endlich verbindlich im Rahmen der Vereinten Nationen etabliert werden. Denn die Gier der Agrarindustrie nach Land und Wasserressourcen ist unersättlich. Heute verfügt ein Prozent der Landbesitzenden über 70 Prozent der weltweiten Fläche – und damit auch über die dortigen Wasserressourcen, die sie zu ihren Gunsten und zu Lasten der lokalen und globalen Wasserhaushalte nutzen. Überall auf der Welt verlieren Bäuer*innen ihren Zugang zu lebenswichtigen Wasserquellen – sei es durch Land- und Wasserraub oder durch die Senkung des Grundwasserspiegels infolge von massiver Bewässerung. Der vielfache wasserintensive Anbau von Monokulturen wie Soja oder Eukalyptusbäumen im Globalen Süden für den Globalen Norden verschärft die Konflikte über die lokalen Wasserressourcen immens.

Um die Anbauflächen für den industriellen Anbau werden weltweit jährlich fast 4 Millionen Hektar Wald abgeholt und mehrere Gigatonnen CO₂ freigesetzt. Die Wasserspeicherfähigkeit der Böden sinkt und Wasserkreisläufe werden massiv gestört, mit immer unregelmäßiger werdenden Niederschlägen als Folge. Die Rodung vor einigen Jahren von knapp 100 Hektar Wald im Wasserschutzgebiet Grünheide bei Berlin für die Ansiedlung der Tesla Gigafactory ist ein Beispiel. Die Region litt bereits vorher unter Trockenheit und der sandige Boden konnte auch schon in der Vergangenheit kaum Wasser speichern. Die Entwaldung wirkt wie ein Brandbeschleuniger für diese ökologischen Krisen. Pläne für die Erweiterung des Geländes um weitere 100 Hektar schreiten trotzdem schnell voran.

2026 ist das UN-Jahr der Weidelandschaften und Pastoralist*innen – eine Chance, die Rechte von über einer halben Milliarde Menschen sichtbar zu machen, deren mobile Lebensgrundlage vom Zugang zu Weideland und Wasser abhängt. Durch Landkonversion, Privatisierung und Wasserraub geraten Pastoralist*innen massiv unter Druck. Staudämme, Bewässerungsprojekte und Bergbau entziehen ihnen wichtiges Weideland und Wasserquellen.

Auch im Fischereibereich führt die fehlende politische Inklusion zu Menschenrechtsverletzungen. Die industrielle Überfischung, riesige Aquakulturanlagen, aber auch Tiefseebergbau verdrängen Fischer*innen von ihren angestammten Gebieten. Diese rücksichtslose Ausbeutung der Gewässer, mit ihren zerstörerischen Auswirkungen auf die Artenvielfalt und Ökosysteme, bedeutet für traditionelle Fischereigemeinden immer häufiger den Verlust ihres Zugangs zu Wasser und damit ihrer Existenzgrundlage. Auch sogenannte Naturschutzonen, die ohne lokale Konsultationen ausgewiesen wurden, bedrohen ihren Zugang zu Wasser und ihre Existenz.

In diesem Zuge möchten wir auch vor den allgemein gepriesenen Ansätzen der blauen Bioökonomie mit Algen als Biomasse warnen. Diese müssen in ihrer Implementierung streng am Recht auf Nahrung, den agrarökologischen Prinzipien und den planetaren Grenzen ausgerichtet werden. Andernfalls drohen groß angelegte Projekte, von denen wieder einmal nur einige wenige profitieren und die Natur aus dem Gleichgewicht gebracht wird – zu Lasten von Menschen, die von und mit ihr leben.

Bewaffnete Konfliktsituationen erhöhen den Wasserstress in einigen Regionen zusätzlich. Inzwischen gilt dies fast für die gesamte Sahelregion. Dort ist es für viele Menschen nicht mehr möglich ihre Felder zu bewässern oder ihr Vieh zutränken. Besonders dramatisch ist die Lage im Sudan. Auch im Gazastreifen ist die Lage sehr bedrohlich, bei Operationen des israelischen Militärs sind Wasserleitungen, Entsalzungs- und Kläranlage zerstört worden, sodass eine akute Notlage bei der Wasser Ver- und Entsorgung besteht. Nach wie vor beschränkt die israelische Regierung die Zufuhr von sauberem Trinkwasser sowie vieler für die Reparatur und Versorgung benötigten Güter in das Gebiet.

Wasser ist die Quelle des Lebens. Wir fordern Sie dazu auf, alles in Ihrer Macht Stehende dafür zu tun, diese Quelle und den Zugang zu ihr für alle Menschen zu erhalten. Machen Sie, sehr geehrte Minister*innen, die Sorge um das Wasser zur Chef*innensache!

Konkret fordern wir Sie, sehr geehrte Minister*innen des GFFA, auf:

Setzen Sie einen menschenrechtsbasierten Politikansatz um:

Verankern Sie die Umsetzung des Rechts auf angemessene Nahrung und Wasser als zentrale Ziele internationaler und nationaler Agrar- und Ernährungspolitik in das diesjährige **GFFA-Abschlusscommuniqué** und in Ihr politisches Handeln.

Stärken Sie den **CFS** – finanziell, aber auch inhaltlich in den Politikverhandlungen zu resilienten Ernährungssystemen. Setzen Sie sich für die Verankerung des Rechts auf Nahrung, Wasser, gesunde Umwelt, die Rechte der Natur und Agrarökologie in die Politikempfehlungen ein und nehmen hochrangig beim CFS 54 teil.

Schützen Sie **gemeinschaftlich genutztes Weideland und Wasserzugang!** Verankern Sie Rechte für Pastoralist*innen und Fischer*innen in internationalen Prozessen, sichern Sie Gemeingut und Wasserrechte und machen Sie Free Prior Informed Consent (FPIC) verbindlich.

Stärken sie die internationale Kooperation und Kohärenz für eine gerechte Wasserpoltik:

Engagieren Sie sich bei der **ICARRD+20 Konferenz** im Februar für eine Integration der für Wasserpolitik relevanten Landleitlinien wie der UN-Kleinbäuer*innen- und der UN-Indigenenerklärungen (UNDROP und UNDRIP) in die Abschlusserklärung der Staaten.

Werben Sie bei der **UN-Wasserkonferenz** im Dezember für eine Demokratisierung der internationalen Wasser Governance. Setzen Sie sich dafür für einen Teilhabemechanismus ein, der sich am Beispiel des Zivilgesellschafts- und Indigenenmechanismus (CSIPM) des CFS orientiert.

Konkrete Empfehlungen für Deutschland:

Setzten Sie sich für ein gleichbleibend hohes **GAP**-Budget für die GAP nach 2027 ein und dafür, dass diese Gelder an Leistungen der Bäuer*innen geknüpft werden – kleine Schläge, Weidehaltung, vielfältige Fruchtfolgen und andere Maßnahmen für nachhaltiges Wassermanagement.

Setzen Sie die **Wasserstrategie** um: Fördern Sie auf nationaler Ebene durch Agrarstrukturmaßnahmen und Nutzungsregulierungen die gerechte Verteilung und nachhaltige Nutzung von Wasserressourcen. Wenden Sie Subventionen an zur Förderung agrarökologischer Landwirtschaft mit integriertem Wasserressourcenmanagement.

Setzen Sie Förderprogramme auf für die Wiederverbindung von Flüssen mit ihren Überflutungsgebieten sowie für die **Renaturierung** von Feuchtgebieten und Mooren. Diese könnten nicht nur hochwertiges Wasser liefern, sondern auch Kohlenstoff speichern und die Auswirkungen von Extremwetterereignissen mildern.